

# Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Prof. Dr. Dr. Thomas  
Sternberg (CDU)



Sören Link (SPD)



**Um die Bildungsgerechtigkeit  
zu stärken, ist es aus meiner  
Sicht geboten, ...**

... jedem einzelnen Kind mit seinen Talenten und Interessen gerecht zu werden. Das gelingt am besten in einem vielfältigen Schulsystem mit vielen Anschlussmöglichkeiten, denn es kommt auf jedes Kind an.

... Bildungshürden abzubauen und viele Wege zu guten Schulabschlüssen zu ermöglichen. Bildung darf nicht vom sozialen Status der Schüler oder ihrer Eltern abhängen. Deshalb ist es richtig, dafür zu sorgen, dass mehr Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können.

**Damit unser Schulsystem  
leistungsfähiger wird, ...**

... muss Politik die besten Rahmenbedingungen insbesondere für eine qualitativ hochwertige Lehreraus- und -fortbildung schaffen; denn es kommt auch in den Schulen vor allem auf die Menschen an.

... brauchen wir ein Schulsystem, das individuelle Förderung nicht nur auf dem Papier verspricht. Deshalb bleibt es für uns dabei: Die demographischen Gewinne durch sinkende Schülerzahlen bleiben im System „Schule“ und werden dort beispielsweise für kleinere Lerngruppen oder eine Ausweitung des Sozialindex verwendet.

**Die richtige Antwort auf den  
demographischen Wandel sehe ich in ...**

... einem an der Ausbildung orientierten Verbund von Haupt- und Realschulen, der neben dem am Studium orientierten Gymnasium den Kindern und Jugendlichen entsprechende Lerninhalte vermittelt, aber auch einen Anschluss zur Oberstufe ermöglicht, denn wir wollen ortsnahe Schulvielfalt.

... einem flexiblen Schulgesetz, das pragmatisch wohnortnahe Schulangebote ermöglicht. Deshalb setzen wir auf die Gemeinschaftsschule als Weiterentwicklung des bestehenden Schulsystems. Wir wollen, dass die Schule im Ort bleibt, dies gilt besonders für die Grundschule; hier gilt für uns weiterhin: kurze Beine, kurze Wege!

**Die Bildungskonferenz hat empfohlen,  
neue Schulformen oder auch organisato-  
rische Verbünde zweier Schulen auf frei-  
williger Basis zusätzlich anzubieten. Eine  
solche optionale Regelung halte ich für ...**

... pragmatisch; denn wir wollen ruhige Weiterentwicklung, nicht täglich neue Unruhe in den Schulen.

... für einen guten Weg, um vor Ort endlich zu den benötigten Lösungen bei den Schulangeboten zu kommen. In vielen Kommunen besteht großer Handlungsdruck, das vorhandene Schulsystem weiterzuentwickeln – und deshalb wären wir bereit, uns in einem schulpolitischen Konsens auf einen solchen Weg zu machen.

**Hinsichtlich der Kompetenzen  
von Bund, Land und Kommunen  
sollte Schulpolitik ...**

... wie im Grundgesetz festgelegt in der Verantwortung der Länder bleiben, die sich untereinander absprechen müssen. Eine bloße Zentralisierung brächte noch keine Verbesserungen. Wir sind kein kleines Land; denn Nordrhein-Westfalen hat so viele Einwohner wie die Schweiz, Österreich und Slowenien zusammen.

... unbedingt und zeitnah das widersinnige Kooperationsverbot kippen, damit die Kommunen auch mit Geld aus Berlin dringend nötige Bildungsinvestitionen tätigen können. Ansonsten halte ich es für sinnvoll, zentrale Standards auszuweiten, um die Anschlussfähigkeit der Bildungsgänge zu sichern.

## Diesmal geht es um die Bildung.

Sigrid Beer (Grüne)



... die Lernbarrieren abzubauen durch längeres gemeinsames Lernen und die individuelle Förderung konsequent zu entwickeln. Die soziale oder kulturelle Herkunft darf nicht länger über den Lernerfolg entscheiden. Die unterschiedlichen Talente brauchen eine anregende Lernumgebung und individualisierendes Lernen.

... brauchen wir mehr Ganztagschulen, um ein anderes Lernen möglich zu machen, anregende und herausfordernde Lernlandschaften sowie multiprofessionelle Teams. Eine bessere Lehrerbildung, die den Praxisteil stärker betont, und eine Fortbildungsinitiative unterstützen die Lehrkräfte bei den Aufgaben.

... der Ermöglichung von Gemeinschaftsschulen, um ein attraktives wohnortnahe Schulangebot in der Sekundarstufe I bei rückläufigen Schülerzahlen zu gewährleisten. Grundschulen sollten durch neu gestaltete Bedingungen für Lerngruppen, altersgemischten Unterricht und Schulverbünde „im Dorf“ bleiben können.

... eine gute Grundlage für einen Schulkonsens, der Eltern und Kommunen sowie den Schulen verlässlich die notwendigen Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort gibt. Organisatorische Verbundschulen und integrative Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen sollten hinsichtlich ihrer Wirkung evaluiert werden.

... vom Bund für Aufgaben wie Inklusion und Ganztag Unterstützung bei den Investitionen erhalten. Schluss mit den unsinnigen FDP-Steuersenkungsdebatten! Wir brauchen mehr Investitionen in die Bildungsinfrastruktur. Schulpolitik ist Ländersache, kann nicht zentral verordnet werden, aber man muss effektiv kooperieren.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)



... die individuelle Förderung weiter zu stärken. Zudem ist eine konsequente Fortbildung zur Unterstützung der Lehrer notwendig. Um Chancen zu eröffnen, muss jeder einzelne Schüler unabhängig von Leistungsstand, Geschlecht und Herkunft die bestmögliche Förderung erhalten.

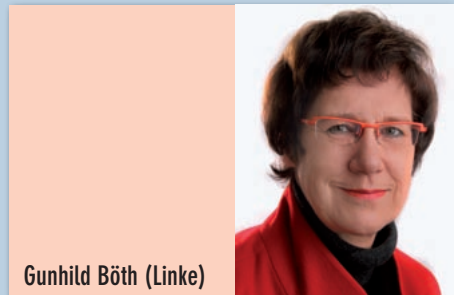
... darf es keine ideologisch motivierte Zerschlagung erfolgreich arbeitender Schulen geben. Genau das ist die Folge der rot-grünen Gemeinschaftsschule. Aus Sicht der FDP wird die Gemeinschaftsschule niemals die hohen Qualitätsstandards der Realschule erreichen können.

... einem freiwilligen Zusammenschluss von Schulformen der Sekundarstufe I bei Erhalt differenzierter Bildungsgänge und Sicherstellung der individuellen Förderung jedes Kindes. Die rot-grüne Gemeinschaftsschule bedroht aber Gymnasien, Realschulen und bestandsfeste Hauptschulen.

... Wildwuchs und Qualitätsgefährdung der Schullandschaft. Vergleiche werden dadurch erschwert und differenzierte Bildungsgänge zur Disposition gestellt.

... prioritäre Aufgabe der Länder bei größtmöglicher Eigenverantwortung und Freiheit der Schulen sein. Grundsätzlich ist eine finanzielle Unterstützung des Bundes wünschenswert, allerdings müssen die Verteilungshoheit und die Organisation von Programmen bei den Ländern verbleiben.

Gunhild Böth (Linke)



... Kita- und U3-Plätze kostenfrei zu stellen, damit kein Kind wichtige Entwicklungsimpulse verpasst. Im Schulsystem brauchen wir mehr „Eine Schule für Alle“, die alle zusammen individuell fördert. Wie das geht, kann man an der Laborschule Bielefeld sehen – dazu braucht man nicht nach Finnland!

... muss das Land die demographischen Gewinne im Schulsystem belassen und endlich einen Stufenplan „Kleine Klassen“ realisieren. Das würde individuelle Förderung ermöglichen, die Lehrkräfte entlasten, den Lärmpegel senken und kleine Schulen erhalten, damit wir in NRW keine schulfreien Zonen bilden.

... dem Erhalt kleiner Schulen mit kleinen Klassen, denn außer der besseren Förderung der Kinder stärkt dies auch den Stadtteil- oder dörflichen Zusammenhalt. Dazu müssen die Schulen über den Schulbetrieb hinaus kulturelle und soziale Zentren werden.

... dringend geboten, weil damit die Kommunen in den Stand gesetzt werden, ein ihren spezifischen Bedürfnissen und Wünschen gerechtes Schulwesen zu gestalten. Dies stärkt auch die dörfliche und Stadtteilentwicklung, für die sonst immer erst Programme aufgelegt werden, wenn es schon Probleme gibt.

... auch von Bundesprogrammen profitieren können. Dazu muss das Kooperationsverbot aufgehoben werden, damit nicht immer administrative Winkelzüge erfunden werden müssen, um die Bundesmittel den Kindern zugutekommen zu lassen. Schule sollte Keimzelle sozialräumlicher kommunaler Entwicklung werden.